

Wasschänder!

734

„Mag die Wasschänder der Teufel holen!“ Das hat sein Syndikus, sein Vertrauensrat, sein Generalsekretär, sein Junger, sondern der Vertreter des Deutschen Zimmererverbandes Bringmann, gesagt. Es war im Jahre 1906 auf dem Kölner Gewerkschaftskongress, wo die verammelten Gewerkschaftsführer, an der Spitze Robert Schmidt, Bömmelburg usw. in „leibhaftiger, prahlender, leibhaftiger Borniertheit“ (Kola Luxemburg) beschlossen, den 1. Mai — abends zu feiern!

Gewiss erhub sich unter den Gewerkschaftsmitgliedern ein Protest. Gewiss war man in den Reihen der alten SPD empört, daß so der Feind der Internationale vom Jahre 1889 verabschiedet und herabgewürdigt wurde. Wenn in ihm von der Arbeiterbewegung auch nicht offiziell die Rede war, so nur mit Rücksicht auf die schwere Lage der deutschen Partei unter dem Bismarckischen Sozialistengesetz.

Aber die Agitation für den Streik und seine Durchführung überließ man es eben nur möglich war, galt es als selbstverständlich. So ergriff denn auch unmittelbar darauf 1890 die lokalen Sektionen der SPD die Streikforderung auf den Schluß, worauf die Reichsorganisation der SPD mit einem gegen Wilhelm Liebknecht's Stimme angenommenen Aufruf antwortete, der die Arbeiterbewegung nur dort empfahl, wo es „ohne Konflikte“ geschehen könne. Das hieß, die Segel vor dem Feinde streichen, das hieß von vornherein auf den Kampf zu verzichten, das hieß, den Kampftag in einer gemütlichen Familienfeier zu lösen.

Die Redaktionen unter Führung Kola Luxemburgs, Karl Liebknechts und Klara Zetkins rückten den reformistischen Spielern tüchtig zu Leibe und der zerrissene Parteivorstand unter Bebel's Führung sprang nicht an starken Worten, um in der Tat eine Konzeption nach der anderen an die zusehends wachsenden Gewerkschaftsführer zu machen, die damals ja heute vor nichts mehr scheuten, als mit den Sozialdemokraten in Konflikt zu geraten.

So kam es, daß 1909 die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich offiziell gegen die Arbeitseure am 1. Mai erklärte. Die größte deutsche Gewerkschaft gegen den 1. Mai. Man muß die Tatsache der Begegnung nicht entziehen, daß auf diesem Verbandstag der heutige preussische Innenminister Severing auftrat und sich darüber beschwerte, daß Arbeiter, die wegen Streiks am 1. Mai gemahnt werden, oder ausgepöbelt werden, von den Gewerkschaften finanziell unterstützt wurden!

Wenn trotzdem der 1. Mai von Jahr zu Jahr immer breitere Massen auf die Beine brachte, so geschah es gegen die Saboteure auf dem rechten Parteiflügel, gegen die Genossenchafts- und Gewerkschaftsbeamten. Sie beantworteten den Reichs- und Provinzialkongressen durch die Partei- und Gewerkschaftssekretäre für die streikenden und gemahnten Arbeiter damit, daß sie am 1. Mai arbeiten, um so den Arbeitern ihre Verachtung für den 1. Mai ins Gesicht zu spucken.

Das sind die vielen Kaufmann, Severing und Konsorten, die heute an der Spitze der Feinde gegen die kommunistische Partei stehen, die im Jahre den 1. Mai vollständig begraben und nicht empfinden, als Karl Liebknecht am 1. Mai 1916 die historische Manifestation auf dem Hohdamer Platz veranstaltete und dem Kaiser samt seinen Generalen, Kriegsgeldhebern und sozialdemokratischen Schmarotzern das „Nieder mit dem Krieg“ in die Ohren schrie.

Wir wollen nicht auf die Wasschänder der SPD nach dem Kriege eingehen, nicht auf 1919, wo der SPD-Führer Noske und sein bayerischer Parteigenosse Hoffmann den 1. Mai mit einem Gemetzel unter dem Münchener Arbeiter begingen, nicht auf 1920, als am 1. Mai die von Severing in das Ruhrgebiet entlassenen Schwarzweiskoten Freikorps über die Arbeiterkassen triumphierten, nicht auf 1921, als die Kapitalistenpresse den von Hörling propagierten Aufruf in Mitteldeutschland lauchend feierte.

Verraten und verkauft war die Elementarforderung des 1. Mai, der Achtundzestag. Ersterling selbst verordnete 1919 und 1920 durch Zwangsbesitz; Arbeiterstunden und ließ jeden verhaften, der sich nicht fügte!

Aber es geht nicht nur um den Achtundzestag. Der 1. Mai war schon lange vor dem Kriege über diese Forderung hinausgewachsen und zum Symbol des großen proletarischen Freiheitskampfes geworden, zu einem Tag, an dem das Proletariat der Welt seine ökonomischen und politischen Forderungen auf die Straße trug.

Was hat die SPD daraus gemacht? Sie hatte doch die Macht und die Gelegenheit in Händen, ihre Forderungen zu verwirklichen. Aber wo die SPD herrscht, da wird der Kapitalismus restauriert, da werden Arbeiter und ihre Kapitalisten eingeperrt, da lehren die Unternehmer nach Volk und Willkür mit den Arbeitern um, da hungert die Proletenfrau, Elwin des Paragraph 218, da leidet der imperialistische Militarismus wahre Orgien.

Der Mauthaus der zweiten Internationale, den die SPD-Presse vorgelesen veröffentlichte, erklärt, daß die Arbeiter am 1. Mai, gegen den Abbau der Arbeitslosenunterstützung, für ausreichenden Lebensunterhalt der Opfer des Kapitalismus, für den Abbau der Schuchzelle demonstrieren werden.

Wer aber hat denn den Unterstützungsabbau begonnen, durchgeführt und mitgemacht? Ein gewisser bürgerlicher Ehrenbote war doch der erste, der einen großen Teil der Saisonarbeiter von der Unterstützungsberechnung ausschloß. Der Mann heißt Willert und trägt heute noch sein SPD-Parteibuch in der Tasche. Und die Brüning-Regierung, die die Erwerbslosen von einer Unterstützungskasse in die andere verfrachten, das ist doch dieselbe Regierung, die der SPD, und nur der SPD, ihre parlamentarische Existenz zu verdanken hat, die durch die SPD ein- und wieder mal vor dem Mißtrauensvotum gerettet wurde. „Abbau der Schuchzelle!“ Gut gesagt. Aber man kann doch selbst dem Impellen Trost nicht mehr verschweigen, daß Deutschland heute die höchsten Zölle hat, weil die 183 sozialdemokratischen Abgeordneten, seit drei Jahren zu den einander sagenden Zöllverlegern von Hermann Müller bis zum Landtags-Schleier Ja und Amen sagen.

Und wie hält ihr mich dem „ausreichenden Lebensunterhalt der Opfer des Kapitalismus“? Wir werden die sozialdemokratischen Arbeiter daran erinnern, daß ihre Führer einen Etat angenommen haben, in dem alle Steuern für die hungernden Kinder, die proletarische Mütter, für die Blinden gerichten und für die Invaliden der Arbeit schamlos gekürzt wurden.

„Gegen den Militarismus!“ Für die Arbeiter! „Wagt es in diesem Kriege, werden die Arbeiter am 1. Mai demonstrieren.“ Wagt es! Das sagen ja die Schmarotzer der Panzerkreuzer und die 3. Das sagen diejenigen, die eben noch 14 Millionen für Kriegswaffen, Kriegsmarine, panzerisierte Gewerkschaften und Kriegspolizei bewilligten.

Siehe zentrale Forderung für den 1. Mai lautet: 17 Prozent Lohnabbau! So deutlich und offen sagen die sozialdemokratischen Führer das ja nun nicht. Sie nennen es die „Kampfforderung“ oder „Kampfforderung“. Nicht proletarische Kampfforderung, wie in der Sowjetunion, mit Lohn-

Hurratriotische Rede Geberings

Volksbegehren der Stahlhelm-Banditen gelungen — das Werk Geberings

Gebering sprach heute, den 1. Mai, die SPD-Führer vor dem Reichstag, um ihre Politik der Unterstützung des Kapitalismus und der Sozial-Diktatur demokratisch zu unterstützen. Gebering hielt denn auch eine unglücklich hurratriotische Rede, wie sie jeder beliebige Kapitalistensprecher und Reaktionär gehalten hätte.

Er sagte dem Sinne nach: „Ich fenne war ein Vaterland und das heißt Deutschland. Die SPD ist patriotisch und kann mit der anderen Seite (er nannte den Stahlhelm und Jugendring!) in Patriottismus wetteifern! — Die Zeit fordert unpopuläre Maßnahmen (er meinte damit Notverordnung, Sozialabbau, Kulturreaktion!) und „jeder Republikaner“ muß das auf sich nehmen! Zugleich heulte Gebering gegen den „antifaschischen“ Bolschewismus.

In der Nähe demonstrieren währenddessen Stahlhelmer, deren Aufmarsch politisch gesteuert war! Ihre Rufe drangen deutlich zur Jagen-Kampfbahn hinüber und riefen große Unruhe und Aufregung unter den SPD- und Reichsbannerproleten sowie unter den SA-Männern hervor. SPD-Arbeiter, die in der Nähe unseres Berichterstatters standen, gaben wohl der allgemeinen

Stimmung der Reden Ausdruck, als sie sagten: „Dort wartet die Reaktion (die Stahlhelmer) und hier wartet der (Gebering) von Patriottismus, mit uns ab. Das ist ja nur Augen für die Stahlhelmer.“

Die Bestätigung dessen ist die heutige Meldung, daß das Stahlhelm-Volksbegehren die notwendige Stimmenzahl (5,7 Millionen Stimmen) erreicht hat. Es kommt also zum Volksentscheid. Das Entschiedenheitsbegehren der Stahlhelmer, sondern die außerparlamentarische Mobilisierung der reaktionären Kräfte! Die darf nicht unterschätzt werden. Was dem Stahlhelm dabei gelungen ist, hat er der Arbeit Geberings und der SPD, die der Wegweiser des Faschismus ist, zu verdanken. Die Volkspartei, die das Volksbegehren unterstützt, wird ja in der Brüning-Regierung von der SPD unterstützt. Daß dem Stahlhelm nicht noch mehr gelungen ist, ist der SPD und ihrer Politik gegen den Stahlhelm und gegen die Gebering-Regierung, dem Wegweiser des Stahlhelms, zu verdanken! Deshalb ist das erste Gebot der Stunde: Verhärtung der Volksfront gegen Brüning-Schleier-Gebering. Aufmarsch aller am 1. Mai in der Front mit der SPD!

Wer zur SPD — wer zur KPD?

Renegaten zur Panzerkreuzerpartei — ehrliche Proleten zur Klassenkampfpartei

Wir sind seit der Panzerkreuzerentscheidung der SPD und besonders seit Verhängung der S-48-Diktatur fast täglich in der Lage, Meldungen über die Uebertritte Klassenbewußter proletarischer Mitglieder von der SPD zur KPD zu veröffentlichen. Vor wenigen Tagen berichteten wir auch über den Uebertritt des Führers der SPD-Stadtverbandes Paul A. Köhmer in Weert zu den KPD. Dieser Uebertritt erregte dadurch besonderes Aufsehen, daß Köhmer im selben Augenblick, da er für die SPD eine Verteidigungsbekanntmachung des städtischen Haushaltsplanes halten sollte, die Erklärung seines Uebertritts zur KPD abgab. Wir sind heute in der Lage, einige sehr wertvolle Abzüge aus dieser Erklärung zu veröffentlichen. Köhmer begründet hierin seinenbruch mit der SPD folgendermaßen:

„Nach eingehender für meine Handlungsweise war die Politik der Partei. Obwohl vor den Wahlen in Tausenden von Wahlversammlungen der Brüning-Regierung der „letzte Kampf“ angelegt wurde, wurde nach den Wahlen die Hilfe Brüning-Koalition zum Verlassen der sozialdemokratischen Politik gemacht. Die Begründung war das „letzte Uebel“, die Notwendigkeit, die Demokratie gegenüber dem Faschismus zu verteidigen“ zu müssen.

„Am Ende einer solchen Politik würde jede Widerstandskraft, jede Freiheitsbewegung des Proletariats zurückgeworfen sein, der Faschismus würde unumchränkt und blutig herrschen. Wie ist es klar, geworden, daß durch eine Opposition innerhalb der Partei eine Veränderung der Politik der Partei nicht mehr möglich ist. Auch bei einem Führerwechsel nicht. Wie vereinbar es Letztendlich, haben, daß er in Rücksicht auf die Stimmung der Mitgliedschaft wohl als einer der Neuen im Reichstag gegen den Panzerkreuzer stimmte, aber in derselben

Sitzung dem Panzerkreuzerminister Gebering das Vertrauen ausspricht, den Wehrstat annimmt, die Reichsminister absetzt, um zum bösen Ende auch noch dem Genossen Brüning einschließlich des Panzerkreuzers B zuzustimmen.“

Die Antwort der SPD-Fraktion: Köhmer wurde als Parteimitglied der SPD-Fraktion für die Abgabe dieser Erklärung entlassen. Die Parteimitglieder in Gemeinschaft mit dem Unternehmern, das ist die „ultima ratio“, das letzte Mittel der SPD, die Proleten zu halten. Bei Köhmer war dies jedoch vergeblich. Er ließ sich keine Ueberzeugung nicht durch Betrug erziehen. Es sind kompromittierte Proleten, die den Weg zur KPD finden.

Und nun die Gegenfrage: Gehtern heute die Volksfront und die ganze SPD-Presse vor Freude über den „Uebertritt“ angeblich kommunistischer Funktionäre in Halle. Die Meldung ist so abgefaßt, daß der Leser glauben muß, es handelt sich um Uebertritte von der KPD zur SPD. Die Wägen haben jedoch kurze Beine: Die Genossen sind keine Kommunisten, sondern Brandstifter, die nichts mit der KPD zu tun haben. Es ist der von uns vorausgesagte Weg dieser legalistischen „Revolutionäre im Rahmen der Weimarer Verfassung“, im Panzerkreuzerumpfen unterzugehen, den sie damit vollendet haben. Tod der schon längst aus der KPD ausgeschlossene Brandstifter Kiebasch! Keinerzeit kehrt nicht der Brandstifter Gnade, sondern er ist offensichtlich „Politik“ mit Geldkraft zu verknüpfen verstanden, sei nur nebenbei bemerkt.

Das ist eben das Entscheidende der Uebertritte: zur SPD haben abgekehrte, feige und korrupte Elemente; zur revolutionären Arbeiterpartei, zur KPD kommen Klassenbewußte Proleten!

Berliner Schupobeamte verhaftet

Wegen „kommunistischer Zersetzung“ — Zusammenbruch der „Spionage“-Hege

Berlin, 22. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach Presseberichten wurden gestern im Auftrag des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht, Landgerichtsdirektor Braune und des Berliner Polizeipräsidenten in einer Kaserne der Berliner Schupolizei mehrere Schupobeamte verhaftet. Herr Bräunlich soll kommunistische „Zersetzungsarbeit“ geleistet haben. Ein gewisser Willy Schulz, der 6 Jahre bei der Reichsmarine war, soll der Führer der kommunistischen „Wählerarbeit“ gewesen sein. Auch Schulz wurde verhaftet. Alle Verhafteten wurden nach dem Reichsgericht in Untersuchungshaft eingeliefert.

Diese daß wir im einzelnen nachprüfen können, wie es mit den Verhafteten bestellt ist, protestieren wir schon heute dagegen, daß man ansehend Schupobeamte nur deshalb verhaftet, weil sie kommunistischer Zersetzung verdächtig und schäblich nicht ganz bürgerrechtig sind. Wir fordern ihre sofortige Freilassung!

Berlin, 22. April. (Eig. Draht.) In diesen Tagen wurde der Genosse Sandner, der in Verbindung mit der sogenannten „Tynanmit-Witze“ verhaftet wurde, hinführend aus der Untersuchungshaft entlassen nachdem man ihn gefesselt wochenlang festgehalten hatte.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse, die letztendlich mit großem Geschrei das „neue Verbrechen der Kommunisten“ in die Welt hinausschleudert, hat es natürlich nicht für notwendig gefunden, zu dieser Bankrotterklärung des Landgerichtsdirektors Braune und zu diesem Zusammenbruch der Hege Stellung zu nehmen. Der Zusammenbruch der Hege war erreicht.

Sprengstoffverbrechen, Spionage und jetzt als nächste Genossen kommunistische „Zersetzung“ in der Schupolizei! Genossen! Was wird wohl demnach an der Reihe sein, um die bürgerrechtstreue Propaganda der Arbeiterklasse fortzusetzen?

ausgleich und Lohnsteigerung, sondern sozialdemokratische Auktionsgewerbe, d. h. kapitalistische Auktionsgewerbe ohne Vorkerkung, la nicht einmal mit Lohnausgleich.

„Mit unerhörter Schamlosigkeit versucht das Unternehmertum das Elend der Arbeiter zu Lohnunterdrückungen auszunutzen.“ Nein, die Unternehmer sind nicht schamlos; sie vertreten lediglich ihre kapitalistischen Interessen. Schamlos sind diejenigen, die in Berlin, an der Ruhr, in Bayern und in Sachsen, in ganz Deutschland diesen Lohnrückgang den Arbeitern zur Annahme empfohlen, durch Entziehung der Streikunterstützung aufzuzwingen oder ihn gar selbst mit den Unternehmern direkt vereinbart haben.

In ist keine Forderung, die nicht von ihnen selbst verraten, sein Sag, den sie nicht durch ihre Praxis Lügen gestraft, sein

Dr. Friedrich Wolf spricht Sonntag in Dresden!

Die SPD Verteidigerin des Nordparagrafen

Dr. Friedrich Wolf, der Kampfgenosse von Frau Dr. Heide gegen Paragraph 218 und bekannte revolutionäre Richter der Welt, „Jugend“, „Mutter“, „Vater“ usw. spricht kommenden Sonntag auf Einladung der KPD im Ratskellerhaus in Dresden im Bühnenklub „Frauen in Rot“ über den § 218.

Wir haben gestern die Ausführungen der SPD-Reichstagsabgeordneten Heilmann für den § 218 gebracht. Das Dresdener SPD-Blatt, das fast zum Tode gelangt hatte, daß die SPD-Reichstagsabgeordneten für die Abschaffung des § 218 kämpfen, hat heute die Sprache verloren und schweigt sich nach seiner bekannten Methode aus.

Interessant ist ein Schändels der „linken“ SPD-Führerin Heilmann, die in der ehemaligen Reichstagsversammlung als „218“-Verteidigerin erklärt, in der ein Kommunist als Diskussionsredner die SPD als Verteidigerin des § 218 entlarvt:

„Wider Schanden ergreift die Reichstagsversammlung, als sie in der Hand des Gebering ein wohlbekanntes Bild erkennen und gleich darauf hören, daß der Verfasser dieser Rede der sozialdemokratischen Reichs- und Reichstagsabgeordnete Frau Heilmann ist. Wie hätten denn Heilmann die Aufgabe zugehoben, die Stimmung dieser Reichstagsversammlung zu retten.“

Wort, das nicht mit der sozialdemokratischen Tat im schäblichen Widerspruch steht. Für wie dumme hatten denn eigentlich die Wels und Müller und Kämpfer die Arbeiter, daß sie ihnen solche Kulture vorzulegen wagen, in denen nichts ehrlich ist, als die Hege gegen die Sowjetunion, gegen das Land, in dem der 1. Mai zum Triumphzug des sozialistischen Sieges in Stadt und Land, der Arbeiter- und Bauernherrschaft in dem politischen Reichreich geworden ist.

An diesem 1. Mai wird sich eine Welt daran erinnern, was vor zwei Jahren in Berlin vor sich ging, als ein Sozialdemokrat, reaktionärer als Jagow und Wilhelm II., Demonstrationen am 1. Mai verbot. An diesem Tage hat der 3. Regierte fallen Versens 88 Arbeiter erschossen, hunderte verwunden, tausende verhaften lassen, weil sie für die große und unergänzliche Sache des Sozialismus auf der Straße demonstrieren.

Donnerstags der Krise trafen über dem kapitalistischen Europa. Sie finden auch die Krise der SPD. Vor der Geschichte, vor der Welt hat die SPD jedes Anrecht darauf vermerkt, den 1. Mai zu feiern. Vor der Geschichte und der Welt ist unsere Politik, die Politik der kommunistischen Partei, gerechtfertigt.

Daher denn je wird angehts des Sieges des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Sowjetunion, angehts des kapitalistischen Niederganges in allen anderen Ländern an diesem 1. Mai die revolutionäre Welle aufzuklären. Zahlreicher, kühner, kühner, kühner noch als bisher betreten die Proleten an diesem 1. Mai die Straßen unter den kommunistischen Fahnen.

Wir haben den unbezweifelbaren Willen zur Macht. Wir können den kommunistischen Weg zur Macht. Wir werden die Macht erlangen, koste es, was es wolle!

Buchdruckerstreik in Brüssel!

Die hiesigen Schriftsetzer und Buchdrucker sind in den Streik getreten. Die bürgerlichen Tageszeitungen sind am Erscheinen verhindert. Auch das sozialdemokratische Zentralorgan „Le Peuple“ wird befreit. Der Streik wird geführt von der KPD im belgischen Buchdruckerverband, die sich in Brüssel einen starken Einfluß in der freigeberischen Organisation erobert hat.